

groß Bürgervortiere auch für Ausländer in einer Preis-
lage von 40 Mark für einfache bis zu 150 Mark für ver-
wöhnte Ansprüche bereit hält.

Leipzig. Die Nachrichtenstelle in der Staats-
kanzlei schreibt: Nachdem die Vorgänge anlässlich des
25-jährigen Jubiläum des Militärvereins Rüssen und
Umgebung vom 11. Juni 1922 in einem großen Teile
der Tagespresse behandelt und dabei der Öffentlichkeit
eine Anzahl von Unrichtigkeiten unterbreitet worden sind,
sehen sich die Amtshauptmannschaft und die Nachrichten-
stelle bei der Amtshauptmannschaft Leipzig, dem Ergeben-
der Untersuchung entsprechend, veranlaßt, nachfolgende sach-
liche Darstellung zu geben: Der Militärverein Rüssen und
Umgebung feierte am 10., 11. und 12. Juni sein 25-jähriges
Jubiläum und hatte dazu eine größere Anzahl aus-
wärtiger Brudervereine eingeladen. Am Sonntag, den
12. Juni, nachmittags, fand der Festzug vom Gasthof
Rüssen nach der Festwiese statt. Gleichseitig fand an dem-
selben Tage vom benachbarten Niederbau aus eine Friedens-
kundgebung von Jugendlichen beiderlei Geschlechtes und
aller drei sozialistischen Parteien statt, deren Weg
ebenfalls über Rüssen verlief und als eine Art Gegen-
demonstration gedacht war. Rechtslich waren beide Züge zu-
lässig. Der Umzug des Militärvereins Rüssen mit Musik
war meldepflichtig, für den Umzug der Jugend war An-
meldung nicht erforderlich, da bekanntlich das Recht, zu
demonstrieren, gemäß St.G.B. 903 II A, jedem Staats-
bürger zusteht. Hierbei sei noch bemerkt, daß die An-
wesenheit von Jugendlichen in dieser Gegend eine Neu-
erscheinung darstellt, da sich auf Schloß Niederbau eine
Jugendherberge befindet, die den Jugendlichen, nicht-
zuletzt welcher Weltanschauung sie huldigen, unterschiedslos
zur Verfügung steht und auch sehr reger benutzt wird.
Die Regierungskommissare haben am Sonntag im Laufe
des Vormittags mit den Leitern beider Veranstaltungen ver-
handelt und nachdrücklich darauf hingewiesen, daß jede
Provokation, gleichviel von welcher Seite und ganz be-
sonders für den Fall einer Begegnung der beiden Züge
unbedingt im bedauerlichen Interesse unterbleiben muß.
Trotzdem kam es bei der einzigen Begegnung der Züge,
etwa 3.30 Uhr nachmittags, zu kurzen Differenzen, die
zweifellos vermeidbar gewesen wären. Es handelt sich
vollständig unverständlich, weshalb der Festzug des Militär-
vereins vom Stellplatz aus in Schichtenform durch ein
Gut hindurch wieder über den Stellplatz hinweg nach der
Festwiese geleitet wurde, wodurch die Berührung mit der
absichtlich an den Vorausgängen dirigierten Jugend erfolgen
mußte. Dieser Konflikt wurde durch das vermittelnde Ein-
greifen der Beauftragten schnell beigelegt und wäre an
sich, obwohl Herr von Hollenauer einen Stoßschlag erlitt,
bedeutungslos geblieben. Bedeutender wurde der zweite
Zwischenfall, der sich vor dem Gasthof in Rüssen
abspielte, als von Hollenauer mit etwa fünf Jugendlichen
gegen 6 Uhr nachmittags vom Bahnhof Rüssen nach Nie-
derbau zurückkehrte. Begegnung der Militärvereinsleiter,
insbesondere Auswärtige, ließen sich hier zu Tätlichkeiten
gegen von Hollenauer und die Jugendlichen hinreißten, die
sich anstehend gegen völlig unbeteiligte Einwohner in
teilweise recht roher Form fortsetzten. Bedauerlich war
hierbei, daß die Mitglieder des gahgebenden Vereins dem
Vorgehen ihrer Gäste tatenlos zusahen, anstatt schlichtend
einzugreifen. Festgestellt werden muß, daß die Jugend-
lichen ihr Versprechen, nicht zu provozieren, gehalten haben,
sollten man nicht schon im bloßen Schenkelassen auf der
Straße eine Provokation erblickt, und auch allen behörd-
lichen Anordnungen widerspruchslos Folge leisteten. Tät-
lichkeiten sind nicht nur zuerst, sondern auch ausschließlich die
Teilnehmer des Militärvereinsleides geworden. Die Mit-
teilung, den Jugendlichen sei ein Revolver und zwei
Gummiknüppel weggenommen worden, ist falsch, ein alter
Trommelbesitzer wurde von einem Dienstmädchen dem Gen-
darm abgehoben mit dem Bemerkung, er habe denselben am
Rande der Festwiese gefunden. Die jugendlichen Demon-
stranten haben die Festwiese überhaupt nicht berührt. Gegen-
über ist die Behauptung einer Zeitung, es sei Landes-
polizei (wörtlich Sipos) dort gewesen, völlig haltlos. Außer
den beiden zuständigen Gendarmen und den zwei Regie-
rungskommissaren der Amtshauptmannschaft sind Beamte
irgendwelcher Behörden nicht anwesend gewesen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Kampf dem Brotmücker! Gestern wurde in Berlin
eine Reihe von der SPD. einberufenen Versammlungen
unter der Parole: Kampf dem Brotmücker! abgehalten. In
allen Versammlungen wurde einstimmig eine Entschließung
angenommen, in der es heißt, von der sozialdemokratischen
Reichstagsfraktion werde erwartet, daß sie mit aller Energie
gegen einen Abbau der Getreidemenge und für die Brot-
versorgung des Volkes zu einem erträglichen Preise eintreten
wird. Die Fraktion solle vor seiner ihr aufgezwungenen
Konsequenz zurücktreten.

Streit und Ausperrung. Seit gestern nachmittags
sehen die technischen Angehörigen und Werkmeister der
industriellen Betriebe in Frankfurt, ungefähr 2700, wegen
Lohnrückstellungen im Streit. Infolgedessen haben die
Werkmeister ihre Arbeiterschaft, insgesamt 7000, ausgesperrt.

11. Deutscher Gewerkschaftskongress in Leipzig. Am
Donnerstag, dem 4. Tag des Allgemeinen Gewerkschafts-
kongresses, hielt Professor Dr. S. Sinzheimer-Frankfurt sein
Referat über „Das zukünftige Arbeitsrecht in Deutschland“. Zwei
Hauptforderungen seien zu erheben: Aufhören muß
die Versplitterung des geltenden Rechts vor den Kaufmanns-
und Gewerbegerichten; es muß ein allgemeines Arbeitsrecht
geschaffen werden. Zugleich muß der Ruf nach einer ein-
heitlichen Arbeitsbehörde ertönen, ihr muß die rechtsver-
waltende und die rechtschöpfende Tätigkeit, das Tarif-
und Schlichtungswesen unterliegen. Ein Volk kann ohne gute
Justiz nicht bestehen. Unsere Justiz ist nicht so schlecht, wie
sie gemacht wird; es gibt gute und schlechte Richter. Mit
dieser arbeitsbehördlich vorgebildeter Richter kann ein
lebendiges Arbeitsrecht entstehen. Es muß uns gelingen,
die Richter dafür zu interessieren. Die Organisierung der
ganzen Arbeit muß erfolgen. In diesem Sinne brauchen
wir nicht zu rufen: „Sinnes!“, sondern: „Es lebe die Arbeit!“
Die Autorität der Gewerkschaften muß auch zu einem Recht
der Verantwortlichkeit führen. Die Produktionsmittel
dürfen nicht zum Schaden der Allgemeinheit zugrunde gehen.
Ueber das Koalitionsrecht führte Professor Sinzheimer aus:
Jeder Terror, gleich von welcher Seite, muß ebenso wie die
unbeschränkte Vermögensbeschlagnahme bei den Gewerkschaften
abgelehnt werden. Diejenigen, die heute nur von einer
Lohnbewegung der Revolution sprechen, kennen nicht das
letzte, geheime Recht der Arbeiterbewegung, nicht nur
Lohn zu empfangen, sondern emporgeschoben zu werden zu
ihrem Mitbewerber der neuen Wirtschaft, denn die alten
Arbeitsmethoden werden ab, die alte Sklaverei besteht
nicht mehr. (Sehr richtig!) Das Mitbestimmungsrecht der
Arbeiter, für das das tausendfache Blut geflossen ist, hat
für uns auch staatliches Interesse. Die politische Monarchie
haben wir abgeschafft, aber dafür sollten wir die wirt-
schaftliche Monarchie erhalten. (Sehr richtig!) Der beste
Kampf dagegen ist, wenn wir den Staat schlagen. Die
Stützen des Staates sind die Arbeiter, aber auch die
Beamten, die geistigen Arbeiter dürfen nicht abgestoßen
werden. In der Abwanderung der geistigen Kräfte in die
Feudalindustrie liegt der Tod der Arbeiterklasse. Der
Rebueer schloß mit den Worten, daß das neue Arbeitsrecht
gefordert werde im Dienste der menschlichen Freiheit. Er
wante für seinen fast zweistündigen Vortrag lebhaften

Welfen. — Der Gewerkschaftskongress hatte gestern im
Anschluß an ein Referat Wilhelm-Berlin über den Fortbestand
der Zentralarbeitsgemeinschaft zu entscheiden. Es lag ein
gemeinsamer Antrag verschiedener Gewerkschaftsgruppen
vor, wonach der Kongress beschließen solle, aus der Zentral-
arbeitsgemeinschaft auszutreten. Die Abstimmung, die
namentlich war, ergab, daß 845 Delegierte, die 3589429
Mitglieder vertreten, für den Antrag stimmten, während
327 Delegierte ihn ablehnten, die aber 8804238 Mitglieder
vertreten. 18 Delegierte mit 189200 Stimmen fehlten.
Es war also schmale Mehrheit nach der Zahl der ab-
stimmenden Delegierten für den Austritt vorhanden, nicht
aber nach der Zahl der von ihnen vertretenen Mitglieder.
Angesichts dieser Sachlage bezieht sich der Vorstand seine
Stellnahme vor. Bis zum Schluß der Freitagssitzung
gegen Mitternacht war eine Einigung im Vorstand nicht
erzielt. Die Erklärung des Vorstandes zum Abstimmungs-
ergebnis soll nunmehr zu Beginn der Sonnabend Sitzung
abgegeben werden.

845 Millionen Fehlbetrag in Berlin. Nach der
vom Rammerey der Stadt Berlin im Haushaltsausschuß
für 1922 vorgelegten Uebersicht über den städtischen
Haushalt steht einer Mehrausgabe von 987 Millionen M.
eine entsprechende Mehreinnahme gegenüber. Es bleibt
im Hause ein Fehlbetrag von 845 Millionen M. ungedeckt.
Der Magistrat stimmte in Anbetracht dieser Sachlage
einer Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer auf das
Dreifache zu. Ferner hofft der Magistrat, durch Zuschläge
zur Gewerbesteuer und durch wirtschaftliche Verwertung
bei der Straßenreinigung sowie durch Erhöhung der städti-
schen Gebühren den Fehlbetrag zu decken.

Der deutsch-englische Schiedsgerichtshof in London
hatte gestern eine Entscheidung in der Frage der Firma
J. V. Drake & Co. in London gegen die deutsche Regierung
wegen Zahlung von 23594 Mkr. (882291 M.) und
121562 M. zum Vorkriegskurs mit Zinsen. Die Firma
unterliegt vor dem Kriege in Raabburg eine Zwangs-
niederlegung. Nach Kriegsausbruch wurde der Geschäftsführer
dieser Niederlegung von den deutschen Behörden
zum Vertreter der Firma ernannt. Dieser zeichnete deutsche
Kriegsanleihen in Höhe der genannten Beträge aus den
Mitteln der Firma. Die Kläger erklären, der Geschäftsführer
habe zu dieser Kapitalanlage keine Ermächtigung
gehabt. Seine Dienste bei der Firma seien mit Kriegsaus-
bruch beendet gewesen. Der Schiedsgerichtshof entschied,
nach Art. 297 des Verfaller Vertrages sei die deutsche
Regierung verpflichtet, für den den Kläger entstandenen
Schaden aufzukommen. Sie setzte den Verlust auf 23600 Mkr.
entsprechend dem Wechselkurs vom 15. Januar 1920 fest.
Die deutsche Regierung wurde zur Zahlung dieses
Betrages nebst Zinsen und zur Tragung der Kosten verurteilt.
Zugleich entschied er, daß an die deutsche Regierung
deutsche Kriegsanleihen im Nennwert von annähernd einer
halben Million Mark auszubehalten seien.

Verkehrs-Versteuerung in Wreschen. Der preussische
Staatsrat stimmte dem Gesetzentwurf über die Versteuerung
des Verkehrsvertrages durch die Gemeinden zu. Besteuert
werden sollen alle in Kurbadorten, in Gemeinden über

In diesen Tagen



wird der Briefträger zu unseren Post-
besuchern kommen und das Bezugsgehalt für
das nächste Vierteljahr erbiten. Damit
eine Unterbrechung in der Zustellung des
Dieser Tagesblattes zu Beginn des kommen-
den Monats vermieden wird, empfehlen wir
die sofortige Erneuerung des Bezugsrechts
beim Briefträger oder dem nächsten Post-
amt. — Vierteljährlicher Bezugspreis des
Dieser Tagesblattes durch die Post frei
ins Haus 81.— Mark.

1000 Einwohnern liegende Hotels, Pensionen und Privat-
häuser, die Zimmer für vorübergehenden Aufenthalt ver-
mieten. Der bis zu sechs Monaten für Verpflegung gezahlte
Betrag ist nicht steuerpflichtig. Die vom Staatsrate abge-
änderten Steuerätze gingen dahin, daß 20 M. steuerfrei
bleiben, 20 bis 50 M. mit 10 Prozent, 50 bis 100 M. mit
15 Prozent, 100 bis 200 M. mit 20 Prozent, 200 bis
500 M. mit 30 Prozent, über 500 M. mit 40 Prozent
steuerpflichtig sind. Ausländer haben das Einkommen des
Steuerbetrages zu zahlen. Die Steuer kann ganz oder
teilweise vom Gemeindevorstand erlassen, für Ausländer
aber aufs Reine erhebt werden.

**Der Staatsanwalt verlangt die Akten des Unter-
suchungsausschusses im Fall Herms.** Der Geschäfts-
ordnungsausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit dem Ge-
suchen der Staatsanwaltschaft um Einreichung der Akten
des Untersuchungsausschusses des Reichstages in Sachen des
Ministers Herms. Es handelt sich dabei lediglich um eine
formelle Angelegenheit. Der Vorsitzende des Unter-
suchungsausschusses hat schon in der letzten Sitzung dieses
Ausschusses mitgeteilt, daß die Staatsanwaltschaft die Akten des
Ausschusses zum Zwecke des Prozesses zu erhalten wünsche,
den der Minister gegen die Freiheit angestrengt hat. Der
Ausschuß hat diese Angelegenheit dem Vorkomitee des
Reichstages überwiesen, der sich in seiner heutigen Sitzung
damit beschäftigt wird.

Belgien.

Deutsche Verproviantierungsbasis in Antwerpen.
Nire Belgique meldet, daß Verhandlungen zwischen dem
Bürgermeister und dem Hafenvorsteher von Antwerpen und
dem deutschen Generalkonsul über die Wiederherstellung der
deutschen Verproviantierungsbasis in Antwerpen im Gange
sind. Die Verhandlungen seien ausichtsreich. Die Hansa-
linie habe um einen Platz im Hafen nachgesehen und ihn
erhalten. Weitere Besuche würden erwartet.

Frankreich.

Annahme des Militärgesetzes. Die Kammer nahm
gestern abend am Schluß der Sitzung mit 300 gegen
253 Stimmen den Artikel 2 des Militärgesetzes an.
Damit ist die Dienstzeit auf 18 Monate festgesetzt.

England.

Zur Ermordung Wilsons. Im Unterhause wurden
Chamberlain und der Staatssekretär des Ministeriums des
Innern Shortt während mehr als einer halben Stunde
mit aufgeregtsten Fragen nach den Begleitumständen der
Ermordung Marshall Wilsons befragt. Die Fragen wurden
zum Teil von den Ultras konservativen und den Unionisten
gestellt und legten ein großes Mißgefühl an den Tag.
Chamberlain teilte mit, daß gestern nachmittags vom Vize-
minister, dem Staatssekretär des Ministeriums des Innern
und ihm selbst eine Besprechung mit Beamten der Polizei-
behörde abgehalten worden sei. Es seien sofort die not-
wendigen Schritte eingeleitet worden, und es hätten in der
letzten Nacht Polizeistreifen stationiert, die zur Ent-
deckung von Waffen und Brandkörpern und zur Verhaftung
von 15 Männern und einer Frau geführt hätten. Heute
wird wieder eine Besprechung abgehalten werden. Die
Auskünfte der Regierung auf die an sie gerichteten Anfragen
ergaben, daß der für alle Minister und andere hervorragende
Persönlichkeiten eingerichtete besondere Vollzugsplan mit
Ausnahme der Schutzmaßregeln für den ersten Sekretär des
Irishen Amtes seit über einem Monat zurückgezogen
worden war, da man annahm, daß die Lage sich gebessert

habe. Shortt erklärte, daß keine Mittelungen ein-
gegangen seien, die die Behörden zu der Annahme geführt hätten,
daß das Leben des Marshall Wilson in Gefahr sei. Diese
Erklärung wurde von den dissentierenden Unionisten scharf
angegriffen, die Shortt ausföhrlich zurücktraten. — Die
Mörder des Reichsmarschalls Wilson, O'Brien und O'Connell
sind dem Vollzeigericht unter der Anklage vorgeführt
worden, den Reichsmarschall Wilson ermordet und verurteilt zu
haben, zwei Polizeikommissare und eine Polizeiperson zu ermorden.
Die Gefangenen, die beide verbundene Häupter hatten, werden
vorläufig bis zum 1. Juli in Haft gehalten. Der öffentliche
Ankläger erklärte, das Gericht werde wahrscheinlich die
Namen der Zeugen in diesem Falle geheimhalten müssen
und ersuchte die Presse, ihn in dieser Hinsicht zu unterstützen.
Die Polizei soll im Besitz eines Schriftstücks sein, aus dem
das Bestehen einer sorgfältig ausgearbeiteten Verschwörung
gegen das Leben gewisser Persönlichkeiten und die Absicht
eines terroristischen Feldzugs hervorgeht. Die Behörden
haben weitgehende Maßnahmen ergriffen, um das Leben
der Kabinettsminister und anderer angehenden Persönlich-
keiten zu schützen, sowie zur Sicherstellung des Eigentums.

Italien.

Zumulte im Abgeordnetenhause. Im Abgeordnet-
hause kam es vorgestern nach Wiederöffnung der Sitzung
erneut zu Tumulten zwischen den tschechischen und den
deutschen Abgeordneten, in deren Verlauf der deutschnatio-
nale Abgeordnete Jung von der Rednertribüne weggeschleudert
und einige deutsche Abgeordnete aus dem Saal verdrängt
wurden. Da der Lärm andauerte, unterbrach der Präsi-
dent die Sitzung von neuem. Nach der dritten Eröffnung
der Sitzung beantragte der Präsident den Ausschluß des
Abg. Jung für fünf Sitzungen und die Entziehung der
Diäten für den Monat Juni. Das Haus beschloß gegen
die Stimmen der Kommunisten den Ausschluß. Die Be-
ratung der weiteren Tagesordnung wurde darauf in Ruhe
fortgesetzt.

Bulgarien.

Uebereinkommen mit den Alliierten. Die Besprechungen
des Finanzministers Turlakow mit der Interalliierten
Kommission in Bulgarien haben zu einem Uebereinkommen
über die Festlegung einer Reihe neuer Steuern geführt, die
die Bezahlung der Reparationen gewährleisten. Dem
Kammerbüro wird ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der
sich auf diese Steuern bezieht. Die maßgebenden Kreise
sind der Ansicht, daß unter diesen Umständen der von der
Kommission vorgeschlagene Entwurf eines Abkommens zur
Einkaufssteuer, und daß die Frage der Kontrolle der Staats-
einkünfte nicht weiter erörtert werden wird. — In der
Kammer betonten nach einer Rede des Ministerpräsidenten
Stamboliski über die auswärtige Politik und einer Rede
des Finanzministers Turlakow über die finanzielle Lage,
Rebner aller Parteien die unbedingte Notwendigkeit eines
Aufschubes der Reparationszahlungen, der für die wirt-
schaftliche Wiederaufrichtung des Landes unerlässlich sei,
da sonst zum Bankrott und zum Untergang verurteilt
sein würde.

Dr. Rathenau ermordet.

Wth. Berlin, 24. Juni. Nach einer amtlichen
Mitteilung wurde heute vormittag Reichsminister
Dr. Rathenau, kurz nachdem er seine Villa im Grun-
ewald verlassen hatte, um sich ins Auswärtige Amt zu
begeben, erschossen und war sofort tot. Der Täter fuhr
im Auto nebenher und sauste nach vollbrachter Tat
weiter.

(Berlin. Ueber die Ermordung Rathenaus ist bis-
her folgendes festgestellt worden: Von einem Kraftwagen
aus wurde das Attentat begangen. Drei Männer sollen sich
damit befunden haben und beim Ueberholen des Autos des
Ministers etwa 10 Schüsse abgegeben und eine Stielhand-
granate geworfen haben. Ein Schuß durch den Mund war
tödlich. Das Reichskabinet ist im Reichstag
versammelt. Präsident Loebe und Präsident Seiner
nehmen an der Sitzung teil. Es wird über die Lage beraten.
Die Regierungsbäude und der Reichstag haben Salbstock
gesagt.

(Berlin. Zum Attentat auf Dr. Rathenau erfahren
wir weiter folgendes: Der Reichsminister wurde heute vor-
mittag in der ersten Stunde, als er mit seinem Auto die
Königsallee in der Kolonie Grunewald passierte, an der
Kreuzung der Erdener- und Ballotstraße erschossen. Der
Täter ergriff im Kraftwagen die Flucht. Eine von der
Kriminalpolizei gebildete Mord-Kommission übernahm
sogleich die Verfolgung des Täters, nachdem bereits eine
Nachfahrerteilung der Schutzpolizei unmittelbar nach der
Tat den Täter verfolgt hatte.

Im Reichstag wurde die Meldung von der Er-
mordung Rathenaus vom Reichskanzler kurz nach 11 Uhr
25 Minuten übermittelte. Diese Bekürzung ergriff die an-
wesenden Abgeordneten. Die Ausschüsse, die zur Beratung
versammelt waren, hoben sofort die Sitzungen auf. Einzel-
heiten über die entscheidende Tat waren zunächst nicht zu
erfahren. Erst später hörte man, daß der Anschlag aus
einem Auto heraus, das am Wagen des Ministers vorbeifuhr
und unternehmen wurde, daß der Täter sogleich weiterfuhr
und unerkannt entkam.

Walter Rathenau, der am 20. September 1867 in Berlin
als Sohn des Begründers der A. E. G., des Bauers Emil
Rathenau, geboren wurde, hat in Berlin und Straßburg
Physik und Geschichte studiert. Diese Studien fanden im
Doktorexamen ihren Abschluß, und er ging nach München,
um dort Maschinenbau und Chemie zu studieren. Seine
industrielle Tätigkeit begann mit einer Anstellung in der
Schmelz bei einer Aluminiumgesellschaft. 1898 bis 1899 be-
tätigte er sich als Leiter der Elektrochemischen Werke. Auf
diesem Posten verwertete er eine Anzahl von Patenten,
die er auf elektrochemischem Gebiete erworben hatte. Für
die Elektrochemischen Werke baute er große Fabrikanlagen
in Bitterfeld, Rheinfelden, in Polen und in Frankreich. 1909
übernahm er die Leitung einer Abteilung der A. E. G. und
trat außerdem 1902 in das Direktorium der Berliner
Hörsinggesellschaft ein. 1907 und 1908 besand er sich im
Besolge des Staatssekretärs Dernburg auf dessen Studien-
reisen nach den deutschen Kolonien.

Nach Kriegsausbruch wurde auf das Betreiben
Rathenaus hin die Kriegsdrohstoffabteilung ins Leben ge-
rufen. In kurzer Zeit gelang es, mit einem Beamtenheer
von 400 Köpfen die Rohstoffbeschaffung auf absehbare Zeit
sicherzustellen. Rathenau trat dann wieder in die A. E. G.
ein, wo er seit 1915 den Direktorenposten bekleidete. Außer-
dem war er bei verschiedenen industriellen und Bankunter-
nehmungen im Aufsichtsrat tätig.

Nach dem Rücktritt des Kabinetts Wehrenbach blieb
zunächst der Posten des Wiederaufbauamts unbesetzt.
Erst 20 Tage nach der Neubildung der Regierung fand man
in Rathenau für den genannten Posten. In seinen Posten